

**Niederschrift Finanzausschuss
(Sitzung FIA/005/2014-2020)**

am 21.09.2015	von 16:00 Uhr bis 16:40 Uhr
im Sitzungsraum im Hohenzollernbad, EG 12, Moltkestraße 45, 51643 Gummersbach	

Teilnehmer:

Vorsitz
Osterberg, Axel

Mitglieder		Bemerkungen
Osterberg, Axel	CDU	
Kuxdorf, Dieter	SPD	
Mann, Marco	SPD	
Mederlet, Frank	SPD	
Schmitz, Christoph	CDU	
Schumann, Knut	DIE LINKE	
Tillmann, Annette	CDU	
Wurth, Ralf	SPD	
Schäfer, Udo	pro Deutschland	
Crummenerl, Horst	AfD	Vertretung für Herrn Bernd Rummler
Giebeler, Paul-Werner	FDP/FWO/DU	Vertretung für Frau Ina Albowitz-Freytag
Hüttenmeister, Monika	CDU	Vertretung für Frau Margit Ahus
Koppelberg, Harald	UWG Oberberg	Vertretung von Herrn Dietmar Zenner
Nietsch, Robert-Andreas	GRÜNE	Vertretung für Herrn Jürgen Grafflage
Siepermann, Ralf	CDU	Vertretung von Herrn Klaus Jehnes
Weber, Eberhard	CDU	Vertretung für Herrn Günter Stricker

Entschuldigte Mitglieder	
Ahus, Margit	CDU
Albowitz-Freytag, Ina	FDP/FWO/DU
Grafflage, Jürgen	GRÜNE
Jehnes, Klaus	CDU
Rummler, Bernd	AfD
Schulte, Rolf	CDU
Stricker, Günter	CDU
Zenner, Dietmar	UWG

Teilnehmer Verwaltung	
KK	Klaus Grootens
KVD	Jochen Hasenbach
KVR	Wolfgang Hamm

Gäste:

Die Niederschrift führt Wolfgang Hamm.

Da die Vorsitzende erkrankt ist, eröffnet Herr Osterberg, stellvertretender Vorsitzender des Finanzausschusses, die Sitzung des Finanzausschusses und begrüßt die Mitglieder des Finanzausschusses, die Vertreter der Presse sowie die Zuhörer.

Herr Osterberg stellt fest,

1. dass unter dem 02.09.2015 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und
2. dass die Beschlussfähigkeit vorliegt.

Außerdem weist Herr Osterberg darauf hin, dass die Niederschrift über die in dieser Sitzung gefassten Beschlüsse von Herrn Schumann, Kreistagsfraktion DIE LINKE, mit unterzeichnet wird.

Herr Osterberg weist darauf hin, dass der für die heutige Sitzung des Finanzausschusses von der Fraktion DIE LINKE gestellte Antrag „Anschaffung von Flaggen“ zuständigkeitshalber auf die Tagesordnung des Kreisausschusses am 24.09.2015 gesetzt wurde, so dass sich eine Beratung und Beschlussfassung heute im Finanzausschuss erübrigt. Die Fraktion DIE LINKE erklärt sich hiermit einverstanden. Anschließend wird die Tagesordnung in der Fassung des 2. Nachtrages vom 16.09.2015 (ohne den Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE) wie folgt festgestellt:

Tagesordnung

Ifd. Nr.	Tagesordnungspunkt	Vorlagennummer
A Öffentlicher Teil		
1	Einwohnerfragen	
2	2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung des Oberbergischen Kreises vom 14.03.2013	0395/14-20/III
3	Dienstanweisung Finanzwesen nach § 31 GemHVO	0388/14-20/I
4	Anträge	
4.1	Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Zahltermin Kreisumlage" vom 02.09.2015	0444/14-20/I
4.2	<i>Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE "Anschaffung Flaggen" vom 14.09.2015 (Verschoben auf Kreisausschuss 24.09.2015)</i>	<i>0454/14-20/I</i>
5	Anfragen	
6	Mitteilungen	
6.1	Entwicklung der Haushaltswirtschaft 2015	0438/14-20/I
6.2	Entwurf GFG 2016 und Ausblick auf Haushalt 2016	0439/14-20/I
6.3	Überörtliche Prüfung 2015/2016 durch die GPA NRW - Sachstand	0440/14-20/I
6.4	Information zum Gesetzentwurf des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes NRW (KInvFöG)	0441/14-20/I
6.5	Zuführung zum Kapitalstock Pensionsrücklage	
B Nichtöffentlicher Teil		
7	Anträge	
8	Anfragen	
9	Mitteilungen	

* * * * *

A Öffentlicher Teil		
Zu TOP 1:	Einwohnerfragen	
	Es liegen keine Einwohnerfragen vor.	

Zu TOP 2:	2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung des Oberbergischen Kreises vom 14.03.2013	0395/14-20/III
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Kreiskämmerer Grootens weist darauf hin, dass der Ausschuss für Soziales und Familie in seiner Sitzung am 02.09.2015 die Beschlussfassung einstimmig empfohlen habe.</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> fasst einstimmig folgenden</p>	
Beschluss Nr. 1:		
<p>Der Kreistag beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung des Oberbergischen Kreises vom 14.03.2013 in der als Anlage zur Originalniederschrift beige-fügten Fassung.</p>		

Zu TOP 3:	Dienstanweisung Finanzwesen nach § 31 GemHVO	0388/14-20/I
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Kreiskämmerer Grootens erläutert den Sachverhalt.</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> nimmt die Dienstanweisung für das Anord-nungswesen, die Geschäftsbuchhaltung, die Zahlungsabwicklung und die Vollstreckung des Oberbergischen Kreises (DA Finanzwesen nach § 31GemHVO) zur Kenntnis.</p>	

Zu TOP 4:	Anträge	
------------------	----------------	--

Zu TOP 4.1:	Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Zahltermin Kreisumlage" vom 02.09.2015	0444/14-20/I
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>KTM Wurth begründet den Antrag. Ziel sei es, die Kommunen im Bereich der Kassenkredite zu entlasten, auch wenn damit zusätzliche Zinsbelastungen für den Oberbergischen Kreis verbunden seien, die über die Kreisumlage wieder auf die Kommunen umgelegt werden müssten. Der Oberbergische Kreis könne aufgrund seines Finanzvolumens bessere Kreditkonditionen als die kreisangehörigen Kommunen erzielen, so dass insgesamt Einsparungen erzielt werden könnten.</p> <p>KTM Schmitz beantragt eine Vertagung des Antrags auf die Sitzung des Kreisausschusses am 24.09.2015, da die die CDU-Fraktion erst am Abend tage und den Antrag intern noch nicht beraten konnte.</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> vertagt die Beschlussfassung einstimmig auf die Sitzung des Kreisausschusses am 24.09.2015.</p>	

Zu TOP 4.2:	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE "Anschaffung Flaggen" vom 14.09.2015	0454/14-20/I
	<p>Der von der Fraktion DIE LINKE gestellte Antrag „Anschaffung von Flaggen“ wird zuständigkeitshalber in der Sitzung des Kreisausschusses am 24.09.2015 beraten. Eine Beratung und Beschlussfassung im Finanzausschuss findet nicht statt.</p>	

Zu TOP 5:	Anfragen	
	Es liegen keine Anfragen vor.	

Zu TOP 6:	Mitteilungen	
------------------	---------------------	--

Zu TOP 6.1:	Entwicklung der Haushaltswirtschaft 2015	0438/14-20/I
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Kreiskämmerer Grootens weist darauf hin, dass im allg. Haushalt zum jetzigen Zeitpunkt für das Jahr 2015 eine Verbesserung im Rechnungsergebnis von rd. 800 TS € erwartet werde und erläutert die einzelnen Abweichungen an Hand der ausliegenden Tischvorlage. Angesichts eines Gesamtbetrages der Aufwendungen von rd. 335 Mio. € betrage die erwartete Verbesserung 0,25% des Haushaltsvolumens.</p> <p>Im Bereich des Rettungsdienstes werde eine Defizit von rd. 1,45 Mio. € erwartet. Dieses Defizit belaste aber nicht den Kreishaushalt, sondern müsse über den Gebührenhaushalt Rettungsdienst der Folgejahre gedeckt werden, da es sich beim Rettungsdienst um eine kostenrechnende Einrichtung nach dem Kommunalabgabengesetz handele. Die letzte Anpassung der Rettungsdienstgebühren sei zum 01.01.2012 erfolgt. Wesentliche Ursachen für das erwartete Defizit sei die durch die Umsetzung des Rettungsbedarfsplans gestiegene Zahl der Rettungswachen, die Tarifsteigerungen der zurückliegenden Jahre im öffentlichen Dienst sowie die Umsetzung des Notfallsanitättergesetzes.</p> <p>KTM Koppelberg bittet um Information über die Auswirkungen der Flüchtlingsproblematik.</p> <p>Kreiskämmerer Grootens führt hierzu aus, dass der Oberbergische Kreis für das Land im Wege der Amtshilfe binnen 48 Std. eine Flüchtlingserstaufnahmeeinrichtung für 210 Personen errichten musste. Die Sachkosten hierfür würden vom Land erstattet, der Personalaufwand verbleibe nach derzeitigem Stand beim Oberbergischen Kreis. Aufgrund der hohen Belastungen fordern die Kommunen für geleistete Amtshilfen aber auch einen Ersatz der Personalaufwendungen vom Land. Die Stadt Gummersbach sei vom Land bereits vor einigen Wochen ebenfalls verpflichtet worden, eine Erstaufnahmeeinrichtung</p>	

	<p>für 150 Personen einzurichten.</p> <p>Hiervon zu unterscheiden sei die Unterbringung von Flüchtlingen während der Dauer des Asylverfahrens, die ausschließlich in die Zuständigkeit der Städte/Gemeinden falle. Die Kommunen bekämen Flüchtlinge zur Unterbringung vom Land zugewiesen. Die Kosten hierfür könnten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz abgerechnet werden.</p> <p>Abschließend weist Kreiskämmerer Grootens darauf hin, dass die weitere Entwicklung und Kostenbelastung im Flüchtlingsbereich einschließlich der Problematik der Unterbringung und Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen nicht vorhersehbar sei.</p>
--	--

Zu TOP 6.2:	Entwurf GFG 2016 und Ausblick auf Haushalt 2016	0439/14-20/I
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Kreiskämmerer Grootens erläutert die Vorlage ausführlich. Er weist darauf hin, dass der Entwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 (GFG 2016) zwischenzeitlich vorliege und das Innenministerium gemeinsam mit den Spitzenverbänden eine Modellrechnung zum GFG 2016 durchgeführt habe. Nach dieser Modellrechnung weichen die im bereits beschlossenen Haushalt 2016 des Oberbergischen Kreises veranschlagten Werte der Umlagegrundlagen und Schlüsselzuweisungen, die maßgeblichen Einfluss auf den Haushalt des Oberbergischen Kreises haben, nur marginal von den Werten der Modellrechnung ab, so dass sich hieraus keine Verpflichtung zur Aufstellung eines Nachtragshaushaltes für 2016 ergebe.</p> <p>Eine hausintern durchgeführte Abfrage bei den Fachämtern habe ergeben, dass sich auch aus den Fachämtern heraus zum jetzigen Zeitpunkt keine Notwendigkeit zur Aufstellung eines Nachtragshaushaltes 2016 ergebe. Prognostizierte Haushaltverbesserungen und Haushaltsverschlechterungen gleichen sich per Saldo weitgehend aus und können im Rahmen der Budgetierung bzw. durch rechtlich zulässige über- bzw. außerplanmäßige Mittelnachbewilligungen ausge-</p>	

	glichen werden.	
Zu TOP 6.3:	Überörtliche Prüfung 2015/2016 durch die GPA NRW - Sachstand	0440/14-20/I
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>KVR Hamm informiert über die eingeleitete überörtliche Prüfung des Oberbergischen Kreises durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) und weist auf die hiermit verbundene Arbeitsbelastung der Verwaltung aufgrund der zahlreichen Datenanforderungen der GPA hin.</p>	

Zu TOP 6.4:	Information zum Gesetzentwurf des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes NRW (KInvFöG)	0441/14-20/I
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Kreiskämmerer Grootens informiert über das Investitionsförderungsgesetz des Bundes sowie den Entwurf des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes NRW. Der Entwurf sehe für den Oberbergischen Kreis Investitionsfördermittel in Höhe von rd. 4,5 Mio. € und für die kreisangehörigen Städte/Gemeinden von insgesamt rd. 6,6 Mio. € vor. Die Verwaltung prüfe z. Zt. anhand der Förderkulisse mögliche Förderbereiche und werde in den nächsten Sitzungen entsprechende Umsetzungsvorschläge unterbreiten.</p>	

Zu TOP 6.5:	Zuführung zum Kapitalstock Pensionsrücklage	
	<p>Kreiskämmerer Grootens weist darauf hin, dass der Kreistag einstimmig beschlossen habe, zur Deckung zukünftiger Pensionslasten einen „Kapitalstock Pensionsrücklage“ aufzubauen. Im Finanzausschuss sei einmal jährlich über die Entwicklung des Kapitalstocks zu berichten.</p> <p>Bei der Vorstellung des Jahresberichts 2015 wurde aus dem Finanzausschuss der Wunsch geäußert, über konkrete Geldanlagen in den Kapitalstock jeweils in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses</p>	

	<p>unmittelbar informiert zu werden.</p> <p>Kreiskämmerer Grootens führt hierzu aus, dass am 18.09.2015 über die KSK Köln eine festverzinsliche Wertpapieranleihe mit Nachrangabrede der Landesbank Baden-Württemberg mit einem Nominalwert von 6,0 Mio. € und einer Laufzeit bis zum 16.06.2025 erworben worden sei. Der Rückzahlungskurs betrage 100% und werde von der Landesbank Baden-Württemberg garantiert. Das Wertpapier verfüge über feste Zinskupons mit jährlicher Ausschüttung. Die Effektivverzinsung des Wertpapiers betrage über die Laufzeit 3,355% p.a.</p>
--	---

B Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 7:	Anträge	
	Es liegen keine Anträge im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor.	

Zu TOP 8:	Anfragen	
	Es liegen keine Anfragen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor.	

Zu TOP 9:	Mitteilungen	
	Es liegen keine Mitteilungen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor.	

gez.

Axel Osterberg
- stellv. Vorsitzender -

gez.

Knut Schumann
- Ausschussmitglied -

gez.

Wolfgang Hamm
- Schriftführer -

gez.

Gesehen:
Hagen Jobi
- Landrat -

gez.

Klaus Grootens
- Kreiskämmerer -